



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/187 - 16.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 81-33
Fernschreiber 039 890

Die zwei Lager im Westen	S. 1
Kollekten über die Grenzen	S. 3
Zonen-Jugend auf der Suche nach Kontakten	S. 4

Entspannung ohne Wiedervereinigung

sp - Ein Studium der internationalen westlichen Presse ergibt, dass sich seit der Genfer Konferenz der "Großen Vier" im Westen zwei Lager zu bilden beginnen: das Lager derjenigen, die auf die sowjetischen Entspannungs-Offerten eingehen möchten und der Ansicht sind, es sei tatsächlich möglich, Moskau heute für konkrete Vereinbarungen zur Liquidation des Kalten Krieges zu gewinnen, und das Lager derjenigen, die in dem russischen Lächeln nichts anderes als eine neue bolschewistische Taktik im Dienste der Weltrevolution und des russischen Imperialismus sehen.

Um mit dem zweiten Lager zu beginnen: einer seiner prominentesten Wortführer ist zweifellos der spanische Liberale Salvador de Madariaga, der kürzlich in einem Leitartikel der "Neuen Zürcher Zeitung" den Westen durch Cassandra-Rufe davor warnte, sich durch das Lächeln der Sowjets bluffen zu lassen. Ohne dass wir hier auf die Berechtigung derartiger Warnrufe eingehen möchten, liegt die Schwäche dieser Position darin, dass sie ohne Alternative ist, was besonders auch den Artikel von Madariaga kennzeichnet. Die Alternative nämlich müsste lauten, die neue Herzlichkeit der Sowjets mit einer Fortführung oder gar Steigerung des Kalten Krieges zu beantworten.

In gewissen Kreisen der Bundesregierung scheint man tatsächlich mit einem solchen Gedanken zu spielen und ist so unklug, auch noch in

aller Offenheit davon zu reden. Wenn aber irgendetwas die deutsche Wiedervereinigung im Westen noch unpopulärer machen sollte, als sie es ohnehin schon ist, dann gewiss ein Versuch von deutscher Seite, in einer Atmosphäre der allgemeinen, von den Völkern längst herbeigesehnten Entspannung den Kalten Krieg neu anzufachen zu wollen und dies damit zu begründen, dass man sonst nicht zur Wiedervereinigung komme. Dies umso mehr, als das westliche Lager ja bekanntlich nicht unbedingt nur Freunde der deutschen Wiedervereinigung beherbergt.

In dem anderen Lager jedoch, das dem russischen Lächeln mehr Vertrauen entgegenbringt und durchaus für echte "Entspannungs-Agreements" zu haben wäre, erfreut sich der Gedanke der Wiedervereinigung keineswegs einer größeren Gunst. Im Gegenteil macht sich hier in zunehmendem Maße eine Tendenz bemerkbar, die Wiedervereinigung als ein Hindernis auf dem Wege zur Entspannung zu betrachten. Solange die Westmächte, so argumentiert man auf dieser Seite, darauf beharren, dass es ohne Wiedervereinigung Deutschlands keinen europäischen Sicherheitspakt geben könne, solange sei der Weg zu diesem europäischen Sicherheitspakt blockiert, da die Sowjetunion im gegenwärtigen Augenblick nicht zu einer Lösung der Wiedervereinigungsfrage bereit sei. Die Wiedervereinigung könne also sehr leicht zum weltpolitischen Sündenbock für die nicht zustande gekommene Entspannung avancieren. Da insbesondere die USA, und zwar sowohl Eisenhower als auch Dulles, in einer geradezu erstaunlichen Weise auf den neuen Ton der Herzlichkeit und der Entspannung umgeschaltet haben - man denke an Eisenhowers geradezu liebenswürdige Reaktion auf die Ablehnung seines Genfer Vorschlages betreffs Rüstungskontrolle aus der Luft durch Bulganin! - da also insbesondere auch die USA die neue Herzlichkeit mitmachen, ist es nicht erstaunlich, dass derartige Überlegungen auch jenseits des Atlantik angestellt werden.

Selbstverständlich wird man auf Seiten des Westens offiziell an seiner bisherigen Wiedervereinigungs-Politik festhalten, doch schließt das keineswegs die Möglichkeit von "gleichzeitigen" ost-westlichen Verhandlungen über die Wiedervereinigung und über einen europäischen Sicherheitspakt aus, wobei in Tat und Wahrheit über die Wiedervereinigung nur pro forma verhandelt würde. Es fehlt in der westlichen Presse nicht an Stimmen, die eine solche Entwicklung geradezu fordern.

Deutsches Geld für Belgiens katholische Schulen

-pt, Brüssel

Das nach harten Kämpfen von der sozialistisch-liberalen Regierung durchgesetzte neue Schulgesetz für Belgien beschränkt auch die Staatszuschüsse für die "freien" katholischen Schulen, wenn auch nur unwesentlich. Das neue Schuljahr, mit dem diese Beschränkungen in Kraft treten können - besonders, wenn die Schulräume ungesund sind und die Lehrer keine Lehrberechtigung haben - beginnt am 1. September. Selbstverständlich macht die katholische Schule alle Anstrengungen, das zum vollen Weiterbetrieb notwendige Geld herbeizuschaffen. Die internationale Solidarität des Katholizismus wird um Hilfe angefleht. Wie es scheint, nicht umsonst. Deutsche Gelder werden neben holländischen helfen, die Kassen der katholischen Schulen in Belgien zu füllen.

Das Komitee, das den Schulkampf für die katholische Schule geführt hat, hat eine Organisation aufgezogen, die für die Schulen des belgischen Klerus in Holland und Westdeutschland sammeln soll. Wie die belgische katholische Provinzpresse zugibt (anscheinend ist den katholischen Hauptstadtblättern die Angelegenheit etwas peinlich) sollen schon vom Bistum Aachen und von Münster Zusagen eingetroffen sein, dass man die Gläubigen anhalten wird, für die "verfolgten Brüder" in Belgien zu sammeln. Man erwartet eine allgemeine Unterstützung aus Haussammlungen und Sammelbüchsen in den deutschen katholischen Kirchen.

In Wirklichkeit ist von einer "Verfolgung" der katholischen Kirche in Belgien natürlich nicht die Rede. Das neue Schulgesetz räumt einzig und allein dem Staat eine Kontrolle über die Lehrfähigkeit und die lokale Notwendigkeit von Schulen (genügende Kinderanzahl) ein. Dagegen ist wahr, dass das katholische Schulkomitee eine ungeheure Propaganda für die Einschulung in die katholischen Schulen durch Millionen von Handzetteln, Plakaten usw. betreibt. Die aus Deutschland einfließenden Spenden dürften wohl ausnahmslos zur Finanzierung dieser Propaganda dienen.

Zwei Deutschland - zwei Welten ?

Erfahrungen in "Kontaktstellen"

Kj. Tausende jugendlicher Wanderer aus der Sowjetzone verbringen zur Zeit ihre Ferien in der Bundesrepublik. Mit dem Fahrrad, zu Fuß und per Anhalter trampen sie durch die Länder und bestaunen mehr noch als liebliche Landschaften "das deutsche Wirtschaftswunder". Im übrigen suchen sie nach Kontakten mit den westdeutschen Menschen, von denen ihnen in der Zone soviel Widersprechendes erzählt wird. Finden sie sie?

Fragen wir eine der fünf Kontaktstellen des Landesjugendringes Baden-Württemberg, der bis jetzt über 2 000 Jugendwanderer betreut hat. Zuerst hören wir, was offiziell für die Jugendlichen getan wird, von der freien Rückfahrt aus Bundesmitteln, von Wandergutscheinen, mit denen man kostenlos in Jugendherbergen essen und schlafen kann. Lobend wird die Stadt Friedrichshafen erwähnt: dort gibt es Gutscheine auch für Gaststätten, Kleider und Badeanzüge. Etliche Familien haben sich bereit erklärt, die Wanderer auch zu beherbergen.

Aber das sind rühmliche Ausnahmen! Den Tenor in den Erzählungen der Jungen und Mädchen aus der Zone bilden leider die Klagen.

Dafür drei kleine, leider aber bezeichnende Beispiele: Vier Jungen, auf klapprigen Fahrrädern daherziehend halten vor einem Bauernhaus im Kreise Heilbronn. Sie begrüßen die Bäuerin, sagen, woher sie kommen und wohin sie wollen. Jetzt hätten sie Durst und ob sie wohl etwas zum Trinken bekommen könnten. "Ja, freilich sagt die Bäuerin, da drüben steht der Brunnen..."

Zum anderen: In einer Jugendherberge sitzen sechs Mädchen aus Dresden und versuchen mit einer Gruppe westdeutscher Mädchen ins Gespräch zu kommen. Aber das mißlingt, weil man lieber ins Kino gehen möchte. "So so, Ihr seid von drüben..." war die einzige Reaktion.

Die dritte Erfahrung: Ein Junge bittet einen Bauern, eine Nacht in seiner Scheune schlafen zu dürfen. Aber der sagt: "Nein, da kann ja jeder kommen." Und er sagt weiter, dass er mit allem, was von drüben kommt, nichts zu tun haben möchte.

In solchen Fällen können auch Kontaktstellen nicht helfen, das ist klar.

Keine politischen Gespräche

Auf die Frage, was ihnen in der Bundesrepublik denn eigentlich am meisten auffalle, kommt immer wieder die Antwort: "Moderner Baustil, Mode und Reklame." Der Lebensstandard imponiert - aber die Herzen und die Köpfe der SBZ-Jugendlichen bleiben leer. Politische Gespräche finden sie selten. Und auch dann interessiert man sich mehr oder weniger oberflächlich nur dafür, wie es "drüben" so aussieht. Man schüttelt die Köpfe und zuckt die Schultern und weiß nichts anzufangen mit den Problemen dieser Jugend "aus der anderen Welt". Wiedervereinigung? Ach ja, aber daraus wird wohl nichts werden.

"Das ist hier alles so - so privatisiert", sagen die Jugendlichen, "ein politisches Leben gibt es hier anscheinend gar nicht; es sieht so aus, als ob jeder Westdeutsche nur an sein Geschäft und an sich selber denkt." Sie vermissen Ideen, Konzeptionen - "Weltanschauung" im guten Sinne. "Ihr habt eure Häuser so hoch gebaut, dass ihr nicht mehr darüber hinweg sehen könnt."

Es ist schlimm, dass das von jungen Menschen gesagt werden muß, die unter der Überfütterung mit einer starren Ideologie leiden und einen lebendigen Gegenpol suchen.

Es ist einigermaßen tröstlich, dass die Ferienwanderer aus der SBZ wenigstens dort zu politischen Gesprächen kamen, wo sie auf Wandergruppen der "Falken" stießen. Die Masse aber wird den Eindruck mit über die Grenze nehmen: Hochhäuser, Reklame und Motorroller - aber im übrigen Fremdeit, politische Indifferenz, Geschäftsinteressen.

Verantwortlich: Peter Krausau